



## **Innenausschuss**

### **110. Sitzung (öffentlich)**

30. März 2017

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 15:15 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Wolfgang Wettengel, Cornelia Patzschke

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

#### **Dringliche Anfrage gemäß § 59 der Geschäftsordnung**

**Sachstand zur Laufbahnverordnung der ehrenamtlichen Angehörigen  
der freiwilligen Feuerwehr (s. Anlage)**

**12**

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

#### **1 Gesetz zur Stärkung der Versorgung bei Pflege und zur Änderung weiterer Vorschriften**

**14**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung

Stellungnahme 16/4591, Stellungnahme 16/4597 Neudruck,  
Stellungnahme 16/4616, Stellungnahme 16/4620, Stellungnahme 16/4621,  
Stellungnahme 16/4622, Stellungnahme 16/4623

Änderungsantrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
(Teil der Beschlussempfehlung Drucksache 16/14676)

Änderungsantrag  
der Fraktion der PIRATEN  
(Teil der Beschlussempfehlung Drucksache 16/14676)

– abschließende Beratung und Abstimmung –

Der Änderungsantrag der Fraktion der Piraten ist bei Zustimmung der antragstellenden Fraktion, Gegenstimmen von den Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU sowie Enthaltung der FDP-Fraktion abgelehnt.

Der gemeinsame Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ist bei Gegenstimmen der CDU-Fraktion und Enthaltung der Fraktionen von FDP und Piraten angenommen.

Sodann wird der Gesetzentwurf in Drucksache 16/13702 in der vom Ausschuss geänderten Fassung bei Zustimmung der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Gegenstimmen von der CDU-Fraktion und Enthaltung der Fraktionen von FDP und Piraten angenommen.

## **2 Zehntes Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales sowie zur Änderung weiterer Gesetze**

21

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/14330

– abschließende Beratung und Abstimmung –

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der Piraten und der FDP angenommen.

**3 Gesetz zur Harmonisierung und Stärkung des Informationsfreiheitsrechts und Zugang zu maschinenlesbaren Daten (OpenData-Gesetz) 22**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/14379 (Neudruck)

Der Gesetzentwurf wird gegen die Stimmen der Fraktion der Piraten mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und FDP abgelehnt.

**4 Entwurf einer Verordnung zur Durchführung von Aufgaben nach dem Gesetz zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen (Durchführungsverordnung Prostituiertenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen – DVO ProstSchG NRW) 25**

Vorlage 16/4847

Anhörung des Ausschusses

Vorsitzender Daniel Sieveke stellt fest, damit sei die Anhörung des Innenausschusses erfolgt.

**5 Entwurf einer Verordnung über Zuständigkeiten im Ausländerwesen (ZustAVO) 27**

Vorlage 16/4856

Anhörung des Ausschusses

Vorsitzender Daniel Sieveke stellt fest, damit sei die Anhörung des Innenausschusses erfolgt.

**6 Landesregierung muss wachsende Überstundenberge sicher vor Verfall schützen – Beamte haben Kompensation ihrer unvermeidbar anfallenden Mehrarbeit verdient 29**

Antrag  
der Fraktion der FDP

Drucksache 16/13694

Stellungnahme 16/4656, Stellungnahme 16/4661

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an den HFA) –

Der Antrag der FDP wird bei Zustimmung der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten und Gegenstimmen der Fraktionen von SPD und Grünen abgelehnt.

- 7 Unbesetzte Stellen können nicht unterrichten, für Sicherheit sorgen oder Steuerbescheide erstellen – Missmanagement und Intransparenz der Landesregierung bei der Besetzung von offenen Stellen im Landesdienst müssen ein Ende haben!** 36

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/14399

Der Antrag der Fraktion der CDU wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

- 8 Organisierte Kriminalität** 38  
Vorlage 16/4525, Vorlage 4936

- 9 Einführung einer Erhebungsmatrix für Funkzellenabfragen, Stille SMS und Einsätze von IMSI-Catchern – Bessere statistische Erfassung von Daten für echte parlamentarische Kontrolle** 43

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/6118

– abschließende Beratung und Abstimmung –

Der Antrag der Fraktion der Piraten wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Grünen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion bei Nichtteilnahme der Fraktion der FDP abgelehnt.

- 10 Digitale Gefahrenabwehr – Sicherheitslücken entdecken und schließen** 45

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/13033

Vorlage 16/4505

– abschließende Beratung und Abstimmung –

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Grünen und FDP gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion abgelehnt.

**11 Für eine Erprobung von Distanzelektroimpulsgeräten (Taser) bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen** **47**

Antrag

der Fraktion der FDP

Drucksache 16/13309

Ausschussprotokoll 16/1603

– abschließende Beratung und Abstimmung –

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP abgelehnt.

**12 Polizeipräsenz im ländlichen Raum stärken – System der Kräfteverteilung sachgerecht fortentwickeln!** **52**

Antrag

der Fraktion der CDU

Drucksache 16/13413

Ausschussprotokoll 16/1595

– abschließende Beratung und Abstimmung –

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP und bei Enthaltung der Fraktion der Piraten abgelehnt.

**13 Massiven Bearbeitungsrückstau bei Tatortspuren unverzüglich auflösen!** **58**

Antrag

der Fraktion der CDU

Drucksache 16/14398

– abschließende Beratung und Abstimmung –

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen, FDP und Piraten gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

- 14 Bewaffnete Rechte – Was tut die Landesregierung gegen Waffenbesitz von Rechtsextremisten und sogenannten Reichsbürgern? (s. Anlage) 60**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 16/4941
- 15 Rechtsstaatliche und ordnungsgemäße Arbeitsweise nicht verfügbar – Macht denn eigentlich jeder, was er will? 64**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 16/4933
- 16 Unterschiedliche Wahrheiten des MIK und des Polizeipräsidiums Duisburg 65**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 16/4932
- 17 Planungsstand bezüglich neuer Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber und aktuelle Situation in den Einrichtungen (s. Anlage) 66**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 16/4888  
Vorlage 16/4931
- 18 Durch den Petitionsausschuss als Material gemäß § 99 Geschäftsordnung des Landtags überwiesene Petition zum Zuständigkeitsbereich des Innenausschusses (§ 26 Absatz 2 LPVG) 70**
- Petition 16-P-2016-16500-00  
Vorlage 16/4898

Innenausschuss

30.03.2017

110. Sitzung (öffentlich)

pa

**19 Neue Fragen und Widersprüche in der Causa Jäger/Wendt (s. Anlage) 72**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 16/4934

**20 Landesgewaltschutzkonzept für die Flüchtlingseinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen 84**

Vorstellung durch das Ministerium für Inneres und Kommunales  
Vorlage 16/4935

**21 Bericht zu den Ermittlungen im „Fall Burbach“ (s. Anlage) 85**

Bericht der Landesregierung

\* \* \*



## 2 **Zehntes Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales sowie zur Änderung weiterer Gesetze**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/14330

– abschließende Beratung und Abstimmung –

**Vorsitzender Daniel Sieveke** ruft in Erinnerung, dass die erste Lesung dieses Gesetzentwurfes am 15. März dieses Jahres stattgefunden habe, die Federführung beim Innenausschuss liege und der Ausschuss für Kommunalpolitik zur Mitberatung aufgerufen sei. Da der mitberatende Ausschuss erst nach der heutigen voraussichtlich letzten Sitzung des Innenausschuss vor dem April-Plenum tagen werde, habe sich der Ausschuss für Kommunalpolitik darauf verständigt, kein Votum abzugeben. Daher erfolgten heute die abschließende Beratung und Abstimmung. Änderungsanträge lägen nicht vor.

**Christian Dahm (SPD)** schlägt vor, der Ausschuss sollte dem Anliegen der kommunalen Spitzenverbände Rechnung tragen und dem Gesetzentwurf zustimmen.

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der Piraten und der FDP angenommen.

